



Kanton Basel-Stadt

Gerichte Basel-Stadt

Jahresbericht 2019
Appellationsgericht

Jahresbericht 2019

Appellationsgericht

Inhalt

3 Personelles und Administratives

Tätigkeiten und Projekte

- 4 Öffentlichkeitsarbeit
- 4 Spruchkörperbildung
- 5 Dolmetscherwesen
- 6 Arbeitslast und Personalressourcen

7 Rechtsprechung

Statistik

- 8 Fallstatistik
- 8 Eingänge
- 9 Eingänge nach Fachgebieten
- 9 Sitzungshalbtage
- 10 Fallstatus im Berichtsjahr
- 11 Erledigungsart bei den wichtigsten Fallkategorien*
- 11 Weiterzug ans Bundesgericht
- 12 Finanzen

13 Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte

14 Anwaltsprüfungskommission

Das Appellationsgericht ist die oberste kantonale Instanz in Zivil- und Strafsachen. In dieser Eigenschaft urteilt es im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide des Strafgerichts, des Jugendgerichts sowie des Zivilgerichts und entscheidet in einigen gesetzlich definierten Gebieten des Zivilrechts, namentlich in immaterialgüterrechtlichen Verfahren, als erste und einzige kantonale Instanz. Es übt die Aufsicht über diese erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Als kantonales Verwaltungsgericht überprüft es die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung grundsätzlich Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Personelles und Administratives

Im Jahr 2019 hat es in den Gremien der Gerichtspräsidien, der Richterinnen und Richter sowie der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Appellationsgerichts keine personellen Änderungen gegeben.

Die aktuelle personelle Zusammensetzung der Gerichtspräsidien, Richterinnen und Richter und Angestellten des Gerichts kann auf der Webseite des Appellationsgerichts eingesehen werden:

→ <http://www.appellationsgericht.bs.ch/ueber-das-gericht/.html>

Die Präsidienkonferenz des Appellationsgerichts tagte im Berichtsjahr 2019 achtmal (2018: neunmal), das Gesamtgericht einmal (2018: zweimal) zur Erledigung der in ihre jeweilige Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

Tätigkeiten und Projekte

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen des gerichtsübergreifenden Projekts der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit hat das Appellationsgerichts im Berichtsjahr 2019 seine bisherige Praxis, die akkreditierten Gerichtsberichterstatterinnen und Gerichtsberichterstatter einmal monatlich per Mail über die angesetzten (medien-)öffentlichen Verhandlungstermine zu informieren, durch öffentlich zugängliche Informationen für alle Interessierten auf der Webseite des Appellationsgerichts ersetzt.

→ <https://www.appellationsgericht.bs.ch/verhandlungen/verhandlungstermine.html>

Dort werden nun im Vorfeld sämtlicher vor Appellationsgericht stattfindenden (medien-) öffentlichen Gerichtsverhandlungen das Datum der Verhandlung, der mit dem Fall befasste Spruchkörper des Appellationsgerichts, das Datum des angefochtenen Entscheids und stichwortartige Hinweise auf das Thema des Verfahrens publiziert.

Spruchkörperbildung

Wie im Jahresbericht 2018 ausgeführt wurde, hat das Appellationsgericht – ebenso wie das Strafgericht – in Folge eines das Organisationsreglement des Strafgerichts betreffenden Urteils des Bundesgerichts vom 20. März 2018 (BGer 1C_187/2017) mittels Änderung seines Organisationsreglements seine Spruchkörperbildung geändert und den neuen Vorgaben des Bundesgerichts angepasst. Die Spruchkörper der einzelnen Verhandlungen werden nun nicht mehr von der Ersten Gerichtsschreiberin, sondern vom Vorsitzenden der jeweiligen Abteilung des Gerichts zusammengestellt. Die Rechtmässigkeit dieser seit 4. Oktober 2018 in Kraft stehenden neuen Regelung hat das Bundesgericht mit Urteil 1C_549/2018 vom 10. Januar 2019 auf Beschwerde hin bestätigt. Auf zwei in der Folge vom Beschwerdeführer erhobene Revisionsbegehren in Bezug auf das bundesgerichtliche Urteil ist das Bundesgericht nicht eingetreten (BGer 1F_42/2019 vom 28. August 2019 und 1F_48/2019 vom 3. Oktober 2019).

Infolge der vom Bundesgericht mit dem genannten Urteil vom 20. März 2018 gerügten früheren Spruchkörperbildung wurde – wie ebenfalls schon im letzten Jahresbericht ausgeführt – mit Urteilen des Bundesgerichts 6B_383/2018 und 6B_396/2018 vom 15. November 2018 ein Urteil des Appellationsgerichts vom 30. Oktober 2017 (SB.2015.9) aufgehoben und die Sache zur Neubeurteilung an das Appellationsgericht zurückgewiesen. Im Anschluss an die Rückweisung wurde der Spruchkörper des Appellationsgerichts durch den nun dafür zuständigen Vorsitzenden der strafrechtlichen Abteilung neu bestimmt, wobei im Vergleich zum vormaligen Spruchkörper kein personeller Wechsel vorgenommen wurde. In der Folge stellten die beiden Beschuldigten einerseits Ausstandsbegehren gegen die Mitglieder des neu besetzten Spruchkörpers sowie gegen den Vorsitzenden der strafrechtlichen Abteilung des Appellationsgerichts und beantragten andererseits die Rückweisung der Sache an das erstinstanzliche

Gericht zur Durchführung einer neuen Hauptverhandlung. Das Appellationsgericht wies sowohl die Ausstandsbegehren als auch den Antrag auf Rückweisung an das Strafgericht ab (AGE [DG.2018.45](#) und [DG.2018.46](#) vom 30. März 2019; [Zwischenentscheid SB.2015.9](#) vom 19. März 2019). Das Bundesgericht wies die gegen die Ausstandsentscheide erhobenen Beschwerden mit Urteilen vom 9. Dezember 2019 ab, soweit es darauf eintrat ([1B_215/2019](#), [1B_269/2019](#)). Auf die Beschwerden gegen den Zwischenentscheid betreffend Rückweisung an das Strafgericht trat das Bundesgericht mit Urteil vom selben Datum nicht ein ([1B_207/2019](#), [1B_247/2019](#)). Das Appellationsgericht wird nun im Jahr 2020 erneut über die Berufung der beiden Beschuldigten entscheiden.

Als Folge des Bundesgerichtsurteils vom 20. März 2018 wurde die noch nach alter Praxis erfolgte Spruchkörperbildung des Strafgerichts oder des Appellationsgerichts auch in anderen Fällen gerügt. Allerdings waren mit Ausnahme des obgenannten Falls diese Rügen in sämtlichen Fällen verspätet, so dass die entsprechenden Rechtsmittelinstanzen nicht darauf eintraten.

Dolmetscherwesen an den basel-städtischen Gerichten

Die interkantonale Zusammenarbeit bei der Zulassung neuer Gerichtsdolmetscher wurde im Berichtsjahr vertieft. Es fanden drei vom Obergericht des Kantons Zürich organisierte Zulassungskurse statt, für die insgesamt 15 basel-städtische Bewerberinnen und Bewerber angemeldet werden konnten. Zwei Bewerber/innen waren an der Kursteilnahme entschuldigt verhindert, so dass 13 Bewerber/innen zur Abschlussprüfung antraten. Von ihnen bestanden zehn die Prüfung auf Anhieb und konnten in der Folge ins kantonale Verzeichnis der Gerichtsdolmetscher aufgenommen werden. Die Wiederholungsprüfungen stehen noch aus. Die Prüfungserfolgsquote der basel-städtischen Teilnehmenden war ausserordentlich hoch. Im interkantonalen Durchschnitt der letzten Jahre bestanden nur rund die Hälfte der Kandidierenden die Prüfung. Der basel-städtische Prüfungserfolg zeigt, dass sich der seit 2018 professionalisierte Auswahlprozess mit Bewerbungsgesprächen und erhöhten Anforderungen an die Sprachkenntnisse und persönlichen Fähigkeiten auszahlt. Die Gerichte profitierten wiederum davon, dass die Partnerkantone (BL, BS, SH, SO, ZG, ZH) die Zulassungsdiplome gegenseitig anerkennen. So konnten im Berichtsjahr 27 Dolmetscher ins basel-städtische Verzeichnis aufgenommen werden, die den Zulassungskurs über einen anderen Kanton besucht hatten. In diesem Zusammenhang ist es für Basel-Stadt auch ein Gewinn, dass sich der Kanton Solothurn seit 2019 ebenfalls an den interkantonalen Zulassungskursen beteiligt. Im Rahmen einer verstärkten Qualitätskontrolle bewerten neu die Verfahrensleiterinnen und Verfahrensleiter aller Gerichte die Einsätze der Dolmetscher mit einem standardisierten Formular. Diese Rückmeldungen dienen als Grundlage für die Prüfung möglicher Streichungen zugelassener Dolmetscher,

deren Leistungen beanstandet worden sind, aus dem Verzeichnis. Die baselstädtische Fachgruppe «Dolmetscherwesen an den Gerichten» beschloss anfangs 2019 die entsprechenden Verfahrensabläufe. In der Folge führte der Leitende Gerichtsschreiber des Appellationsgerichts elf Verfahren, wovon sechs im Berichtsjahr rechtskräftig abgeschlossen werden konnten: Drei Dolmetschende wurden aus dem Verzeichnis gestrichen, zwei Dolmetschende wurden verpflichtet, den Zulassungskurs zu besuchen, und ein Dolmetscher wurde verpflichtet, seine Kenntnisse der Dolmetschsprachen mittels Sprachzertifikaten nachzuweisen. Insgesamt waren Ende 2019 im Kanton Basel-Stadt 269 Gerichtsdolmetschende für 71 Sprachen verzeichnet.

Arbeitslast und Personalressourcen

Aufgrund des bereits im Jahresbericht 2018 ausgeführten stetigen Anstiegs der Arbeitslast des Appellationsgerichts, welche auch mittels Effizienzsteigerungsmaßnahmen nicht mehr bewältigt werden konnte, beantragte das Appellationsgericht im Berichtsjahr 2019 die Schaffung einer zusätzlichen Präsidentinnen- resp. Präsidentenstelle mit einem Pensum von 100 Stellenprozent. Hierfür bedurfte es einer Änderung von § 87 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, SG 154.100). Ausserdem ersuchte das Appellationsgericht um eine Budgeterhöhung, namentlich für die Schaffung einer zusätzlichen ordentlichen Gerichtsschreiberinnen- resp. Gerichtsschreiberstelle mit einem Pensum von 100 Stellenprozent und für die Schaffung einer Stellvertretung resp. Unterstützung des Verwaltungschefs des Appellationsgerichts im Umfang von 40 Stellenprozent, wie dies bereits im Schlussbericht vom 12. Februar 2015 der Studie «Geschäftslast sowie Aufbau- und Ablauforganisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft im Kanton Basel-Stadt» des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern (KPM-Studie) gefordert worden war. Sowohl der Antrag auf eine zusätzliche Präsidiumsstelle wie auch jener auf Budgeterhöhung wurden zunächst vom Gerichtsrat und in der Folge vom Grossen Rat bewilligt. Die zusätzliche Präsidentinnen- resp. Präsidentenstelle und die zusätzliche Gerichtsschreiberinnen- resp. Gerichtsschreiberstelle werden im Laufe des Jahres 2020 besetzt werden.

Rechtsprechung

Die Entscheide des Appellationsgerichts sind in anonymisierter Form im Internet publiziert und können auf der Seite

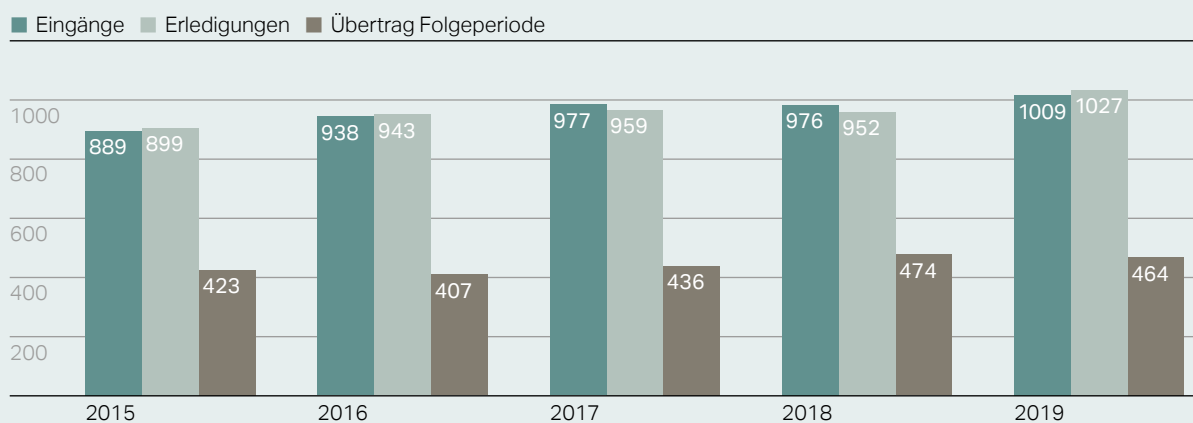
→ <https://rechtsprechung.gerichte.bs.ch/>

eingesehen werden. Dort ist jeweils auch angegeben, ob noch eine Beschwerde beim Bundesgericht hängig ist. Nach einem allfälligen Entscheid des Bundesgerichts wird auf den entsprechenden Entscheid und das Ergebnis hingewiesen, so dass der Ausgang des Verfahrens in Erfahrung gebracht werden kann.

Statistik

Fallstatistik

Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen, erledigten und unerledigt gebliebenen strittigen Fälle in den letzten fünf Jahren:



alle strittigen Fälle des Appellationsgerichts
(= alle ausser internat. Rechtshilfe in Zivilsachen und Schutzschriften)

Eingänge

| Die Eingänge verteilen sich wie folgt | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Zivilrechtliche Berufungen | 72 | 46 | 49 | 55 | 30 |
| Zivilrechtliche Beschwerden | 78 | 65 | 62 | 65 | 86 |
| Direktklagen | 7 | 8 | 13 | 19 | 5 |
| Schutzschriften | 7 | 0 | 3 | 6 | 5 |
| Diverse Geschäfte Zivilrecht | 3 | 9 | 19 | 7 | 10 |
| Gesuche um internationale Rechtshilfe in Zivilsachen | 704 | 713 | 707 | 632 | 817 |
| Strafrechtliche Berufungen | 121 | 136 | 142 | 145 | 126 |
| Strafrechtliche Beschwerden | 187 | 210 | 214 | 227 | 277 |
| Haftbeschwerden | 60 | 69 | 52 | 55 | 72 |
| Diverse Geschäfte Strafrecht | 15 | 20 | 27 | 33 | 49 |
| Verwaltungsrechtliche Verfahren | 269 | 260 | 295 | 252 | 243 |
| Verfassungsrechtliche Verfahren | - | 1 | 3 | 4 | 2 |
| Diverse Geschäfte Verwaltungsrecht | 3 | 4 | 7 | 6 | 7 |
| Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht | 74 | 110 | 94 | 108 | 102 |
| Total der Geschäfte | 1600 | 1651 | 1687 | 1614 | 1831 |
| Total der strittigen Verfahren (ohne Schutzschriften und Rechtshilfe in Zivilsachen) | 889 | 938 | 977 | 976 | 1009 |

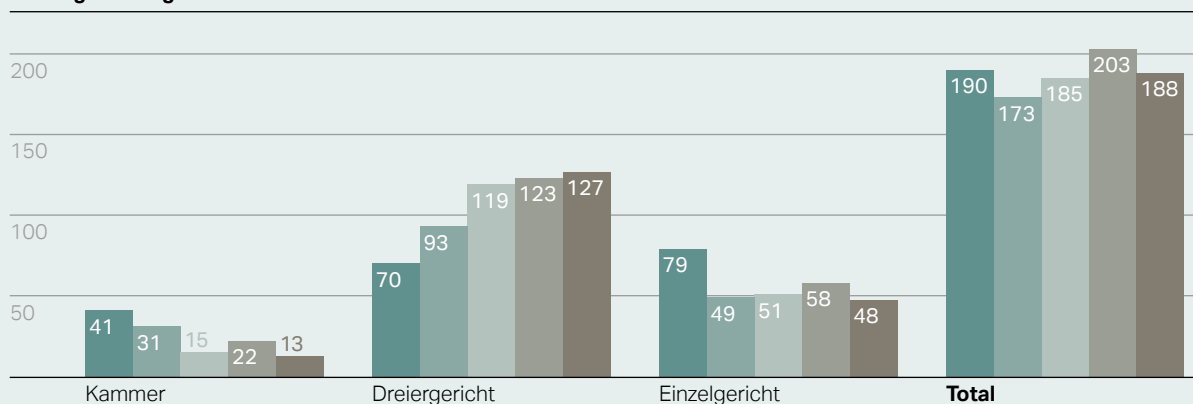
Eingänge nach Fachgebieten

Die eingegangenen verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Verfahren verteilen sich auf folgende Fachgebiete:

| | 2018 | 2019 |
|-----------------------------------------------------|------|------|
| Planungs-, Bau- und Umweltrecht | 31 | 24 |
| Enteignungsrecht | – | – |
| Ausländerrecht | 31 | 37 |
| Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht | 108 | 102 |
| Öffentliches Beschaffungswesen | 11 | 13 |
| Sozial- und Opferhilfe | 17 | 8 |
| Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsgesetz | 9 | 8 |
| Kinder- und Erwachsenenschutzrecht | 51 | 45 |
| Personalrecht | 33 | 42 |
| Schul- und Bildungswesen | 10 | 3 |
| Verfassungsbeschwerden | 4 | 2 |
| Übrige verwaltungsrechtliche Fälle | 29 | 37 |
| Abgaberechtliche Fälle | 30 | 26 |

Sitzungshalbtage

Sitzungshalbtage des Gerichts ■ 2015 ■ 2016 ■ 2017 ■ 2018 ■ 2019



Fallstatus im Berichtsjahr

| | Unerledigt aus Vorjahr* | | Im Berichtsjahr eingegangen | | Im Berichtsjahr erledigt | | Unerledigt Ende Berichtsjahr | |
|------------------------------------------------------|-------------------------|------------|-----------------------------|-------------|--------------------------|-------------|------------------------------|------------|
| | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 |
| Zivilrechtliche Berufungen | 22 | 29 | 55 | 30 | 50 | 48 | 27 | 11 |
| Zivilrechtliche Beschwerden | 11 | 15 | 65 | 86 | 61 | 85 | 15 | 16 |
| Direktklagen | 7 | 14 | 19 | 5 | 12 | 14 | 14 | 5 |
| Schutzschriften | 0 | 0 | 6 | 5 | 6 | 5 | 0 | 0 |
| Diverse Geschäfte Zivilgericht | 6 | 1 | 7 | 10 | 12 | 9 | 1 | 2 |
| Gesuche um internationale Rechtshilfe in Zivilsachen | 0 | 0 | 632 | 817 | 632 | 817 | 0 | 0 |
| Strafrechtliche Berufungen | 152 | 173 | 145 | 126 | 132 | 135 | 165 | 164 |
| Strafrechtliche Beschwerden | 84 | 82 | 227 | 277 | 223 | 254 | 88 | 106 |
| Haftbeschwerden | 6 | 2 | 55 | 72 | 59 | 71 | 2 | 3 |
| Diverse Geschäfte Strafrecht | 7 | 24 | 33 | 49 | 18 | 55 | 22 | 18 |
| Verwaltungsrechtliche Verfahren | 147 | 136 | 252 | 243 | 265 | 242 | 134 | 137 |
| Verfassungsrechtliche Verfahren | 2 | 4 | 4 | 2 | 2 | 4 | 4 | 2 |
| Diverse Geschäfte Verwaltungsrecht | 5 | 0 | 6 | 7 | 11 | 6 | 0 | 1 |
| Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht | 1 | 2 | 108 | 102 | 107 | 104 | 2 | 0 |
| Total | 450 | 482 | 1614 | 1831 | 1590 | 1849 | 474 | 464 |

* Begründung der Differenz zwischen den Zahlen der im Berichtsjahr unerledigt aus dem Vorjahr übernommenen Fälle und jenen der im Vorjahr unerledigt gebliebenen Fälle: Fälle, die im Vorjahr vom Appellationsgericht entschieden wurden, wurden am Ende des Vorjahres als «erledigt» in die Statistik aufgenommen. Wenn das Bundesgericht im Berichtsjahr einen solchen Fall aufhebt, ändert sich sein Status von «erledigt» wieder auf «hängig». Daher sind die Zahlen in der Kategorie «unerledigt aus dem Vorjahr übernommene Fälle» regelmässig und zwangsläufig höher als in der Kategorie «unerledigt am 31.12. (des Vorjahres)».

Erledigungsart bei den wichtigsten Fallkategorien

| | Total erledigte Fälle* | | Durch mat. Entscheid erledigt | | Davon Entscheid der Vorinstanz bestätigt | | Davon Entscheid der Vorinstanz abgeändert | |
|------------------------------------|------------------------|------------|-------------------------------|------------|------------------------------------------|------------|-------------------------------------------|-----------|
| | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 |
| Zivilrechtliche Berufungen | 50 | 48 | 38 | 40 | 30 | 30 | 8 | 10 |
| Zivilrechtliche Beschwerden | 61 | 85 | 38 | 53 | 35 | 44 | 3 | 9 |
| Strafrechtliche Berufungen | 132 | 135 | 104 | 100 | 34 | 30 | 70 | 70 |
| Strafrechtliche Beschwerden | 223 | 254 | 144 | 146 | 79 | 95 | 65 | 51 |
| Verwaltungsrechtliche Verfahren | 265 | 242 | 158 | 147 | 103 | 106 | 55 | 41 |
| Verfassungsrechtliche Verfahren | 2 | 4 | 1 | 4 | 1 | 3 | – | 1 |
| Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht | 102 | 107 | 102 | 100 | 95 | 92 | 7 | 8 |

* Einschliesslich Fälle, die ohne materiellen Entscheid erledigt wurden, z.B. weil nicht darauf eingetreten wurde oder weil sie zurückgezogen, an die Vorinstanz zurückgewiesen, gegenstandslos erklärt worden oder dahingefallen sind.

Weiterzug von Urteilen ans Bundesgericht

| Beschwerden in | Zivilsachen | | Strafsachen | | öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | | Verfassungsbeschwerden | |
|----------------------------------|-------------|-----------|-------------|------------|----------------------------------------|-----------|------------------------|----------|
| | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 | 2018 | 2019 |
| Am 1. Januar 2019 waren pendent | 17 | 9 | 44 | 28 | 37 | 21 | 0 | 0 |
| Im Berichtsjahr gingen ein | 36 | 40 | 87 | 126 | 70 | 61 | 0 | 1 |
| Total | 53 | 49 | 131 | 154 | 107 | 82 | 0 | 1 |
| zurückgezogen, nicht eingetreten | 32 | 26 | 54 | 52 | 47 | 21 | 0 | 1 |
| gutgeheissen | 2 | 4 | 12 | 14 | 4 | 6 | 0 | 0 |
| abgewiesen | 10 | 7 | 37 | 41 | 35 | 29 | 0 | 0 |
| unerledigt blieben | 9 | 12 | 28 | 47 | 21 | 26 | 0 | 0 |
| Total | 53 | 49 | 131 | 154 | 107 | 82 | 0 | 1 |

Finanzen

| Erfolgsrechnung in 1'000 Franken | 2018 | | 2019 | | Abweichung |
|--------------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|--------------------|
| | Rechnung | Budget | Rechnung | | R19/B19 |
| Personalaufwand | -8'150.10 | -7'997.40 | -8'304.40 | -306.90 | -3.8% |
| Sach- und Betriebsaufwand | -7'143.10 | -6'918.60 | -7'207.40 | -288.80 | -4.2% |
| Betriebsaufwand | -15'293.20 | -14'916.10 | -15'511.80 | -595.70 | -4.0% |
| Entgelte | 2'042.10 | 2'585.90 | 2'163.60 | -422.20 | -16.3% |
| Betriebsertrag | 2'042.10 | 2'585.90 | 2'163.60 | -422.20 | -16.3% |
| Betriebsergebnis vor Abschreibungen | -13'251.10 | -12'330.2 | -13'348.20 | -1'018.- | -8.3% |
| Betriebsergebnis | -13'251.10 | -12'330.2 | -13'348.20 | -1'018.- | -8.3% |
| Finanzaufwand | -1.50 | -1.- | -26.20 | -25.20 | <-100.0% |
| Finanzertrag | 0.20 | 0.- | 0.- | 0.- | n.a. |
| Finanzergebnis | -1.30 | -1.- | -26.20 | -25.20 | <-100.0% |
| Gesamtergebnis | -13'252.40 | -12'331.20 | -13'374.30 | -1'043.10 | -8.5% |

| Kennzahlen | Einheit | 2018 | | 2019 | | Abweichung |
|----------------------------|---------|-------|----------|-------|-------|----------------------|
| | | Ist | Prognose | Ist | | Ist19/ Prognose19 |
| Debitorenverluste | 1'000.- | 894.- | 600.- | 756.- | 156.- | 26% |
| Neu eingegangene Verfahren | Anzahl | 976 | 1'000 | 1'010 | 10 | 1% |
| Hängige Verfahren | Anzahl | 474 | 415 | 466 | 51 | 12.3% |
| Erledigte Verfahren | Anzahl | 952 | 990 | 1'026 | 36 | 3.6% |
| Halbtagesitzungen | Anzahl | 203 | 190 | 188 | -2 | -1.1% |

| Personal | 2018 | | 2019 | | Abweichung |
|----------------------------------|------|----------|------|------|----------------------|
| | Ist | Prognose | Ist | | Ist19/ Prognose19 |
| Vollzeitstellen (Headcount 100%) | 40.5 | 39.3 | 39.2 | -0.1 | -0.3% |

Appellationsgericht Basel-Stadt
 Der Vorsitzende Präsident
 Dr. Stephan Wullschleger

Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte

Die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte Basel-Stadt ist dem Appellationsgericht administrativ zugeordnet, aber in der Sache eine eigenständige Kommission und Vorinstanz des Verwaltungsgerichts.

Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte rekrutieren sich aus den Gerichten und der Advokatenkammer Basel. Die aktuelle personelle Zusammensetzung kann auf der Webseite des Appellationsgerichts eingesehen werden, wobei jeweils auch aufgeführt ist, welche Mitglieder die Gerichte und welche die Advokatenkammer vertreten:

→ <http://www.appellationsgericht.bs.ch/anwaeltinnen-anwaelte/aufsichtskommission.html>

Im Berichtsjahr 2019 hat es keine personelle Änderungen gegeben.

Neben ihrer regulären Tätigkeit war die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte im Berichtsjahr in mehreren Plenarsitzungen mit der Ausarbeitung einer neuen Honorarordnung zuhanden des Gerichtsrats befasst (vgl. § 16 Abs. 1 des Advokaturgesetzes). Aufsichtsrechtlich wurden keine schwerer wiegende Sanktionen verhängt.

Geschäfte der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte

| | 2018 | 2019 |
|------------------------------------------|------------|------------|
| Aufsichtsverfahren | 9 | 7 |
| Entbindungen vom Berufsgeheimnis | 23 | 30 |
| Einträge ins Anwaltsregister | 46 | 40 |
| Erteilung von Substitutionsbewilligungen | 54 | 54 |
| Total der Geschäfte | 132 | 131 |

Aufsichtskommission über die
Anwältinnen und Anwälte Basel-Stadt
Der Präsident
lic. iur. Christian Hoenen

Anwaltsprüfungskommission

Die Anwaltsprüfungskommission Basel-Stadt ist wie die Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte eine dem Appellationsgericht administrativ zugeordnete eigenständige Kommission und Vorinstanz des Verwaltungsgerichts.

Die Anwaltsprüfungsbehörde wird aus Vertreterinnen und Vertretern der Gerichte, der Advokatenkammer Basel und der Universität Basel zusammengesetzt. Die aktuelle Zusammensetzung kann ebenfalls auf der Webseite des Appellationsgerichts eingesehen werden:

→ <http://www.appellationsgericht.bs.ch/anwaeltinnen-anwaelte/anwaltsexamen/pruefungsbehoerde.html>

Im Berichtsjahr hat es keine personellen Änderungen gegeben.

Geschäfte der Anwaltsprüfungskommission

| | 2018 | 2019 |
|--------------------------------------------------------|-----------|------------|
| Zulassungen zum Anwaltsexamen | 63 | 67 |
| Erteilung des Anwaltspatents nach bestandener Prüfung | 33 | 35 |
| Zulassung von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU/EFTA | 0 | 0 |
| Total der Geschäfte | 96 | 102 |

Anwaltsprüfungskommission Basel-Stadt
Der Präsident
lic. iur. Bruno Lötscher